



PROTOKOLL

**LANDKREIS
ERDING**

öffentlich

**Büro des Landrats
BL**

Alois-Schießl-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
claudia.kirmeyer@lr-
ed.de

Erding, 24.11.2011
Az.:

23. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 27.10.2011

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Bauschmid, Friedrich	i.V.v. Schwimmer, Johann
Becker, Manfred	ab 16.00 Uhr, i.V.v. Hofstetter, Franz
Heilmeyer, Georg	i.V.v. Haindl, Sebastian
Jobst, Karl Heinz	ab 16.00 Uhr
Kellermann, Otto	i.V.v. Attenhauser, Peter
Schlehuber, Anton	
Steinberger, Friedrich	ab 16.00 Uhr
Utz, Peter	i.V.v. Rübensaal, Siegfried
Vogl, Willi	
Ways, Rudolf	
Wiesmaier, Hans	

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fuchs-Weber Karin
Fischer Heinz
Schmittner Josef
Huber Matthias
Setzwein Ulrich
Mayer Elfriede
Kirmeyer Claudia (Protokoll)
Centner Christina

Ferner nehmen teil:

Frau Bolay, Rektorin der Katharina-Fischer-Schule zu TOP 1

Frau Brand, Konrektorin an der Katharina-Fischer-Schule zu TOP 1

Herr Huber, Konrektor an der Katharina-Fischer-Schule zu TOP 1

Herr Petzold vom Architekturbüro Sehlhoff zu TOP 1

Herr Moises vom Team für Technik zu TOP 2

Herr Seefelder vom Team für Technik zu TOP 2



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Schulen des Landkreises -Katharina-Fischer-Schule Erding
Erweiterung und Umbau
Vorlage: 2011/0945
2. Energiekonzept für die Liegenschaften des Landkreises Erding /
Gebäudeberichte
Vorlage: 2011/0919
3. Schulen des Landkreises – Kreismusikschule
Zusätzliche Parkplatzbeleuchtung
Vorlage: 2011/0925
4. Bekanntgaben und Anfragen

I. **Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 27.10.2011**



1. **Schulen des Landkreises - Katharina-Fischer-Schule Erding
Erweiterung und Umbau
Vorlage: 2011/0945**

**LANDKREIS
ERDING**

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende begrüßt die Schulleiterin Frau Bolay, den Architekten Herrn Petzold vom Architekturbüro Sehlhoff und die Anwesenden zum Ortstermin an der Katharina-Fischer-Schule. Mit einem Rundgang will man sich über die möglichen Erweiterungsmaßnahmen informieren anschließend soll die Situation im Sitzungssaal erläutert werden.

Frau Bolay erklärt, dass man von dieser Stelle einen Blick auf den geplanten Erweiterungsbau hat. Er soll in Form eines Quaders parallel zur Schulküche und dem darüber liegendem Klassenzimmer verlaufen.

Herr Petzold fügt hinzu, dass der bestehende Flur verlängert werden und den Altbau mit einem 18 x 9 m quaderförmigen Bau in der Fläche verbinden soll.

Herr Setzwein deutet die Dimensionen des potentiellen Neubaus an. Dieser wird parallel zum bestehenden Baukörper verlaufen.

Frau Bolay erläutert, dass das neue Gebäude zwar zu Lasten der Fläche des Pausenhofes gehen wird, dafür aber einem Ganztagsbetrieb an der gesamten Schule zu Gute kommt.

Frau Bolay beschreibt im kleinen Werkraum die schlechte Belüftungssituation in den Kellerräumen. Die Kinder müssen am Tag bis zu eineinhalb Stunden in den Räumen verbringen, einige Lehrer im Zweifelsfall den ganzen Tag. Ein weiterer negativer Aspekt ist das Eindringen von Feuchtigkeit. Wie man an den Vertiefungen im Bodenbereich sehen kann, ist der Landkreis Erding aber um regelmäßige Trockenlegung bemüht. Seit 2008 findet jedes Jahr mindestens eine Trockenlegung statt. Die Räumlichkeiten waren nicht als Schul- sondern als Kellerräume geplant und gebaut.

Kreisrat Heilmeier fragt, woher die Feuchtigkeit kommt.

Frau Bolay erklärt, dass bei Platzregen Wasser durch das Fenster und die Wände eindringt. Laut Angaben des Landratsamtes reichen bei starken Regenfällen regelmäßige Reinigung und Spülung der Regenabflüsse und Sickerschächte nicht aus. Diese Maßnahmen werden vom Landratsamt zwar regelmäßig durchgeführt, das Gebäude nimmt aber langfristig Schaden.

Herr Setzwein erläutert auf Bitte des Vorsitzenden, dass die Feuchtigkeit eher durch Staunässe aus dem Erdreich eindringt. Die Räume wurden im Jahr 1981 als Kellerräume geplant. Es handelt sich sicher nicht um wasserundurchlässigen Beton. Die Abdichtung ist möglicherweise an manchen Stellen undicht, allerdings ist die Undichtigkeit noch nicht großflächig untersucht worden.



Kreisrat Heilmeier fragt, ob sich an den Wänden einmal ein Styropor-schutz zur Isolierung befunden hat.

Frau Bolay antwortet, dass aus Gründen der Akustik einmal Eierkartons an den Wänden angebracht wurden. Eine Styroporabdichtung aus baulichem Gesichtspunkt war nicht vorhanden.

Frau Bolay stellt im Großen Werkraum die Konrektoren Brand und Huber vor. In diesem Raum ergeben sich dieselben Bedingungen wie bereits im letzten Raum Dieser Kellerraum wird als zusätzlicher Werkraum genutzt. Er verfügt über einen Brennraum für Töpferarbeiten.

Kreisrat Schlehuber stellt fest, dass in diesem Raum weniger Feuchtigkeit eindringt.

Frau Brand bemerkt, dass der Raum in diesem Jahr entfeuchtet wurde.

Frau Bolay weist auf die Spuren von eindringender Nässe an den Wänden hin. Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt sie, dass zur Zeit 220 Schüler die Schule besuchen. Sie verteilen sich auf 18 Klassen mit je 12 bis 13 Schülern und 4 SVE - Gruppen. In der kleinsten Klasse sind 10 Schüler, in der größten 15.

Herr Huber sagt, dass in diesem Raum oft ein Praxistag für die Schüler stattfindet. Die Schüler verbringen unter diesen Zuständen den ganzen Tag im Keller.

Frau Bolay ergänzt, dass es sich dabei um den BLO - Tag handelt. Auch die Lehrkraft verbringt den ganzen Tag in diesem Raum. Negativ ist auch die räumliche Trennung zwischen dem Bereich Werken und den Räumen für Textiles Gestalten im oberen Stockwerk. Man versucht möglichst, sich abzuwechseln aber die gegenwärtige Situation ist eine Notlösung. Jetzt gibt es eine Chance auf Verbesserung für die Kinder.

Der Vorsitzende fragt, wie die Räume zukünftig genutzt werden sollen.

Frau Bolay antwortet, dass sie als Abstellräume genutzt werden sollen.

Kreisrat Heilmeier stellt fest, dass in jedem Fall etwas getan werden muss, wenn Wasser durch die Fenster eindringt.

Der Vorsitzende fragt, was es für konkrete Verbesserungsvorschläge gibt.

Herr Setzwein erklärt, dass es sinnvoll wäre, den Bereich vor der Außenwand aufzugraben und die Situation zu begutachten. Die Minimallösung wäre eine Abdichtung mit Bitumenschwämmen und einer Außenschicht mit Kies, damit das Wasser abfließen kann. Allerdings kann man den Arbeitsumfang noch nicht vorhersehen weil das Gebäude relativ verwinkelt ist.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob der Neubau direkt an die Außenwand des vorhergehenden Raumes anschließen wird.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Heilmeier stellt fest, dass ein durch Wände eindringende Feuchtigkeit normalerweise dazu führt, dass die Farbe abblättert. Seiner Meinung nach kommt das Wasser durch die Fenster.

Herr Setzwein argumentiert, dass ein Eindringen von Wasser durch die Fenster zu sichtbaren Schäden führen würde, weil das Wasser unmittelbar am Fenster herunter läuft. Das Wasser kann auch durch die Fugen zwischen Wand und Bodenplatte oder durch Arbeitsfugen in der Wand kommen.

Frau Bolay zeigt eine Stelle, an der Wasser durch die Wand eingedrungen ist.

Der Vorsitzende fragt ob es sich um Außenwände handelt.

Frau Bolay bejaht. Sie übergibt eine Aufstellung mit den festen Belegungszeiten des Raumes durch die Fachlehrer. Der Raum wird auch zusätzlich im Kunstunterricht genutzt.

Kreisrat Schlehuber hält das Aufgraben der Außenwände für zu kostenintensiv. Heute gibt es die Möglichkeit der Verpressung von innen. Dazu muss aber genau feststehen, wo die Feuchtigkeit eindringt. Bei diesem Verfahren wird die Bodenplatte direkt mit der Wand verpresst. Es sollte Rücksprache mit einer Fachfirma gehalten werden.

Herr Setzwein betont, dass die Anwendung dieses Verfahrens von der zukünftigen Nutzung des Raumes abhängt. Feuchtigkeit kann trotzdem durch die Wand diffundieren. Auch der Wärmeschutz muss untersucht werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass unabhängig von der Nutzung Maßnahmen getroffen werden müssen. Das alte Gebäude ist in der Substanz durch die Feuchtigkeit permanent beeinträchtigt.

Frau Bolay betont, dass es um den Erhalt der Bausubstanz geht. Ein Problem sind auch die 30 Jahre alten Rohrleitungen, die mittelfristig ausgetauscht werden müssen. Diese Leitungen verlaufen in den Kellerräumen an den Decken.

Kreisrat Heilmeier merkt an, dass Kellerräume nie von außen isoliert werden, es handelt sich ja nicht um Wohnraum. Die Fenster werden normalerweise dem Zweck eines Kellerraums entsprechend auch im Sommer geschlossen gehalten.

Frau Bolay zeigt im Verwaltungstrakt die Pläne des Architektenbüro Sehlhoff. Der Vorschlag wurde von ihr gemeinsam mit Herrn Eichner und Herrn Petzold erarbeitet. Wenn Baumaßnahmen erforderlich sind, muss alles auf den Prüfstand gebracht werden. Im Sekretariat weist sie auf den Platzmangel hin. Der Zugang zu den Schülerakten ist eingeschränkt, das Fenster kann aus Platzgründen nicht richtig geöffnet werden. Die linke Wand soll herausgebrochen werden, so dass das Zimmer mit dem jetzi-

gen Konrektorat verbunden wird. So wird ein Warteraum für Besucher geschaffen.



Kreisrat Schlehuber fragt, ob es sich dabei um eine tragende Wand handelt.

LANDKREIS
ERDING

Herr Petzold erklärt, dass nur die Stütze stehen bleiben muss, der Rest der Wand kann entfernt werden.

Büro des Landrats
BL

Frau Bolay führt aus, dass das Konrektorat gegenüber im Arztzimmer angesiedelt wird. Im Moment wird dieser Raum als Lagerraum genutzt. Das Zimmer des 2. Konrektors Herrn Huber liegt ebenfalls auf dieser Gangseite. Die Krankenliege rückt in den Raum für mobile Dienste.

Sie erklärt im Lehrerzimmer, dass die Katharina-Fischer-Schule im Jahr 1981 gebaut wurde. Damals gab es 12 Lehrer, heute besteht das Kollegium aus 44 Lehrern. Zusätzlich gibt es noch Mitarbeiter in der Schulsozialarbeit sowie Erzieher in der offenen Ganztages-Schule und Mittagsbetreuung, die das Lehrerzimmer ebenfalls nutzen. Deswegen soll das Lehrerzimmer zum Innenhof erweitert werden. Die Lehrertoiletten sind zu eng bemessen und mittlerweile sanierungsbedürftig. Für den Haushalt wurde letztes Jahr vereinbart, dass die Sanierung zurückgestellt wird wenn es einen Erweiterungs- und Umbau gibt. Auf dem erweiterten Lehrerzimmer soll ein Stockwerk aufgebaut werden, um dort den BLO - Raum und ein Elternsprechzimmer anzusiedeln. Die Räumlichkeiten wären heller und besser für den Unterricht geeignet.

Der Vorsitzende fragt, wo sich momentan die Bibliothek befindet.

Frau Bolay antwortet, dass der Raum für den Bereich der offenen Ganztagschule in der Aula genutzt wird.

Frau Brand ergänzt, dass für den BLO - Raum ein Nebenraum erforderlich ist, der ein differenziertes und individuelles Arbeiten sowie Platz für Arbeitsgeräte wie dem Brennofen ermöglicht. Das spart Wege, die Oberstufe, die im Obergeschoss untergebracht ist, wird diesen Raum häufig nutzen.

Der Vorsitzende möchte wissen, was zukünftig mit dem Bibliotheksraum geplant ist, der für die offene Ganztagschule genutzt wird.

Frau Bolay erklärt, dass der Raum wieder als Bibliothek genutzt wird. Es werden zunehmend Lehrerarbeitsplätze nötig. Dazu soll ein zusätzlicher Silentiumraum beitragen. In der Katharina – Fischer - Schule gibt es keine Fachschaften für bestimmte Fächer wie in anderen Schulen. Hier arbeiten Teams für die verschiedenen Altersstufen zusammen. Dafür müssen Räume bereitgestellt werden. Zusätzlich ist ein Raum für Mobile Dienste geplant, in dem z.B. Tests mit den Schülern abgehalten werden.

Kreisrat Heilmeier fragt, ob der Zugang zu dem oberen Raum genauso wie im Erdgeschoss geplant ist und ob es Probleme mit dem Brandschutz geben kann.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Petzold bejaht, die Brandschutzvorschriften werden eingehalten. Von der äußersten Ecke bis zur nächsten Tür sind es weniger als 35 Meter. Im Gang würde auch noch ein Kopierraum abgetrennt.

Frau Bolay erläutert, dass die Kopierer Platz brauchen und nicht wie bisher im „Vielzweckzimmer“ mit der Krankenliege und der Ablage des Sekretariats bleiben können. Es gibt eine Zusage für die Förderung von 200 m² Baufläche für den Ganztagsbereich. In den Plänen der Firma Sehlhoff sind momentan 197 m² vorgesehen.

Der Vorsitzende fragt, wie sich die Regelung für den Ganztagesunterricht und den Vormittagsunterricht gestaltet.

Frau Bolay führt aus, dass die aktuelle Richtlinie des Kultusministeriums jede Schule mit einem gebundenen Ganztageszug auch zu einem Angebot von Halbtagesklassen verpflichtet. Die Schüler der Oberstufe, also ab Klasse 6, haben regulär an zwei Nachmittagen Unterricht. Die Ganztagsklasse hat an 4 Nachmittagen Unterricht. Einen Ganztageszug für die Klassen 1 mit 9 einzuführen, lässt sich nicht ohne ein erweitertes Raumangebot durchführen. Der Ausschuss für Bildung und Kultur hat dem Ganztageszug dankenswerterweise zugestimmt. Es gibt momentan einen Ganztageszug für die 6. Jahrgangsstufe. Dieser konnte aber wegen der geringen Raumkapazität in diesem Schuljahr nicht in die 7. Jahrgangsstufe weitergeführt werden. Dafür gibt es offene Ganztagsgruppen und eine verlängerte Mittagsbetreuung.

Kreisrat Ways möchte wissen, wie viele Ganztagesklassen realisiert werden können, wenn alle Baumaßnahmen wie gewünscht erfolgen.

Frau Bolay sagt, es könnte ein Ganztageszug für die Klassen 1 mit 9 angeboten werden. Das hängt aber auch vom Wunsch der Eltern ab. An anderen Schulen gibt es zum Beispiel kombinierte Jahrgangsstufen, also eine Ganztages- und eine Regelklasse, abhängig von der Schülerzahl. Der Wunsch der Eltern wird jedes Jahr neu abgefragt, nach diesen Erfordernissen wird die Klasse bestimmt. Die Kinder und Jugendlichen, die bereits in einer Ganztagesklasse waren, haben sich wieder dafür entschieden.

Der Vorsitzende fragt, wie Frau Bolay die Auswirkungen der Inklusion auf die sonderpädagogischen Förderzentren bewertet. Es gibt einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion auf sofortigen Baustopp bei Neu- und Erweiterungsbauten im Bereich der sonderpädagogischen Förderzentren, weil diese Art von Schule langfristig nicht mehr gebraucht wird.

Frau Bolay betont, dass sie auf Grund der vorliegenden Daten keinen rückläufigen Trend bemerkt. Die Eingangsklassen (Diagnose- und Förderklassen) mussten sogar auf drei erste Klassen mit Schülerzahlen von jeweils 11-12 Schülern aufgestockt werden. Zusätzlich ist eine Lehrerin an der Inklusionsschule am Grünen Markt tätig. Die Zusammenarbeit verläuft sehr eng. Nach erst vier Schulwochen kommen bereits wieder Kinder, die Probleme an Regelschulen haben. Die Katharina-Fischer-Schule hat zu Recht einen guten Ruf, das Kollegium ist sehr engagiert und ermöglicht

den Kindern eine Entwicklung, die in der allgemeinen Schule manchmal nicht möglich wäre.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Wiesmaier betont, dass die kommunalen Sachaufwandsträger der Grund- und Mittelschulen sehr froh über das Niveau und den Zuspruch für die Katharina-Fischer – Schule sind. Die Gemeinden könnten nie leisten, was manche Politiker auf Grund ihrer Ideologie fordern, nämlich alle Kinder in dieselbe Schulart zu schicken und damit Probleme zu lösen. Seiner Einschätzung und der des Bayerischen Gemeindetages nach sollte der Standard der Förderschulen ausgebaut werden um den Anspruch nicht nur gleich zu halten, sondern nach oben zu bringen.

Kreisrat Ways merkt an, dass es sich beim Thema Inklusion um eine europäische Gesetzgebung handelt, der man sich nicht widersetzen kann.

Kreisrat Wiesmaier sagt, dass man Ideologie von der Wirklichkeit unterscheiden muss. Der Elternwille ist nach wie vor nach dem Europäischen Gesetz entscheidend.

Für **den Vorsitzenden** stellt sich die Frage, wo investiert wird, wenn die Umsetzung des Gesetzes so erfolgen sollte. Wenn jetzt Schulraum geschaffen wird, wäre es schlecht, wenn die Kinderzahlen zurückgehen.

Frau Bolay merkt an, dass schwerpunktmäßig nach dem Grundschulbereich an der Katharina – Fischer – Schule auch die Möglichkeit einer Rückschulung besteht. Die Hauptschulen haben jetzt mehr Kapazitäten, d.h. Schüler können jetzt in kleinere Klassen wechseln.

Herr Huber ergänzt, dass es auch eine Anfrage von der Regierung gibt, ob direkt ein Hauptschulabschluss für die Schüler an der Katharina – Fischer-Schule angeboten werden kann, die diesen auf Grund von Verhaltensauffälligkeiten nicht an einer Regelschule ablegen können. Die Zahl dieser Schüler nimmt an der Katharina – Fischer-Schule zu, in ein paar Jahren wird diese Möglichkeit angeboten werden müssen.

Frau Brand berichtet aus ihrer Erfahrung im Behindertenbereich, dass Inklusion nicht nur einseitig, sondern in intensiver Zusammenarbeit mit den Regelschulen stattfinden muss. Gerade mit dem Angebot eines Hauptschulabschluss findet eine gegenseitige Annäherung und auch Durchmischung statt. Die Schule öffnet sich für Schüler, die eigentlich nicht zu dieser Schulart gehören, dadurch aber auf dem Weg in den Beruf Unterstützung bekommen.

Frau Bolay verweist auf die verteilte Kurzzusammenfassung. Zum Thema Inklusion liegen ebenfalls Informationen aus. Aus ihrer Sicht muss Inklusion heutzutage nicht nur auf die Schule, sondern auch auf die Gesellschaft bezogen sein. Keinem Kind ist geholfen, wenn es in der Schule nicht die nötige Förderung bekommt, die es braucht. Die Inklusionsdebatte wird sehr stark von einer einzelnen Gruppe getragen, die Elternschaft an der Katharina-Fischer-Schule unterstützt aber diese Schulform.

Der Vorsitzende verliest Auszüge aus einem Schreiben der SPD- Landtagsfraktion: „Es gibt klare Handlungsaufträge - vor allem im Bildungsbe-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

reich-, die die Betroffenen in den durch die Bundesbehindertenbeauftragte bundesweit angeregten Diskussionen erarbeitet haben. Sie wurden auch von Karin Evers-Meyer als zentrale Herausforderung formuliert:

1. Keine Aus- und Neubauten von Förderschulen
2. Einführung eines Rechtsanspruchs auf den Besuch einer allgemeinbildenden Schule für jedes Kind
3. Einführung eines Elternwahlrechts: Die Eltern sollen wählen können, auf welche Schule ihr Kind geht. In dieser gewählten Schule müssen dann die Voraussetzungen für die optimale Förderung geschaffen werden.
4. Festschreibung von Qualitätsstandards für die Schulen zur optimalen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Behinderungen.
5. Umstrukturierung der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften zu einer inklusiven Pädagogik für alle.“ Der Antrag bezieht sich sehr konkret auf die Schulen.

Frau Bolay ist der Meinung, dass die Inklusion mit dem Elternwillen bereits teilweise verwirklicht ist. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf können auch an Regelschulen unterrichtet werden. Im Gegensatz dazu können aber auch Kinder am Förderzentrum aufgenommen werden, die keinen sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Dieser Wunsch ist schon öfter von Eltern geäußert worden, die bereits ein älteres Geschwisterkind an der Förderschule haben. Bisher konnte man aber die anderen Kinder aufgrund der Raumnot noch nicht aufnehmen.

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen und schlägt vor, die Sitzung im Großen Sitzungssaal des Landratsamtes weiter zu führen.

Der Vorsitzende setzt nach kurzer Unterbrechung die Sitzung um 16.20 Uhr im Großen Sitzungssaal fort. Der Ortstermin wurde vorgenommen, um die räumliche Situation der Katharina - Fischer - Schule besser bewerten zu können. Jetzt geht es um Vorschläge, wie die Ausbausituation zu lösen ist um sowohl die Regelbeschulung als auch die gebundene Ganztagschule anbieten zu können. Dabei handelt es sich um eine verpflichtende Unterrichtsform an vier Tagen pro Woche. Am Sonderpädagogischen Förderzentrum Dorfen ist ein Alternativangebot wegen der Einzügigkeit nicht möglich. Schüler aus dem Raum Dorfen, die das Angebot der gebundenen Ganztagschule wahrnehmen möchten, werden in Erding beschult. Durch die Erweiterung des Sonderpädagogischen Förderzentrums Dorfen kann dort die offene Ganztagschule angeboten werden.

Kreisrat Wiesmaier fragt, ob es bereits eine schulaufsichtliche Genehmigung für das Bauvorhaben gibt und in welcher Höhe Zuschüsse zu erwarten sind.

Herr Huber sagt, dass es aus der Schulaufsichtsbehörde auf Grund des hohen Arbeitspensums noch keine schriftliche Genehmigung gibt. Eine fernmündliche Zusage, dass der Bau mit sehr großer Wahrscheinlichkeit genehmigt wird, liegt aber vor. Die Förderhöhe kann noch nicht genau abgeschätzt werden, liegt aber für die normalen Räume bei etwa 28 und für die Küche bei etwa 40 %.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Petzold erläutert auf Wunsch des Vorsitzenden die Pläne des Architekturbüros Sehlhoff. Zu den Plänen im Erdgeschoss erklärt er, dass das Lehrerzimmer platztechnisch überlastet ist. Es wird komplett neugebaut, da es nur teilweise unterkellert ist und wäre dann mit fast 100 m² doppelt so groß wie ursprünglich. Außerdem werden die Toiletten ausreichend vergrößert indem Räume umgewidmet werden. Im Sekretariat wird die Wand entfernt, so dass ein Raum von 34 m² entsteht.

Der Vorsitzende fragt bezüglich der Mauerdurchbrüche mit den Heizkörpern, ob auch nur eine Erweiterung denkbar ist, bei der die Mauerreste stehen bleiben.

Herr Petzold bejaht. Er zeigt auf dem Plan, dass dann aber nur eine einzelne Außenwand stehen bleibt. Die jetzige Außenwand wird in den Innenhof verschoben. Ansonsten würden zwei Räume entstehen.

Der Vorsitzende erklärt, dass es durchaus Schulleiter gibt, die zwei Räume wünschen. Die beiden Räume würden sich in unmittelbarer Nähe befinden.

Herr Petzold betont, dass die Forderung bei einem großen Raum lag, in dem mittig ein größerer Konferenztisch aufgestellt werden kann. Die Kleinteiligkeit des Gebäudes soll wegfallen.

Kreisrat Heilmeier fragt, ob die neuen Toiletten mit Fenstern natürlich belüftet werden.

Herr Petzold zeigt auf dem Plan die Wandnische des jetzigen Lehrerzimmers, die zu den Toilettenräumen gewidmet wird. Es ist eine kleinere Herren - und eine größere Damentoilette geplant. Es gibt keine Außenfenster, daher erfolgt eine Zwangsentlüftung.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob für die Vergrößerung des Lehrerzimmers ein Zuschuss beantragt ist.

Herr Petzold bejaht, in dem Gesamtantrag ist das Lehrerzimmer enthalten. An der südlichen Ecke des jetzigen Gebäudes erfolgt die große Erweiterung. An der Außenwand entsteht ein heller, verglaster Flur, an den sich der quaderförmige Neubau anschließt. Im Erdgeschoss entsteht eine 80 m² große Mensa mit Ausgabeküche und durch eine Doppeltür verbundene Nebenräume. Der Flur wird gleichzeitig als Treppenhaus genutzt, die Brandschutzanforderungen werden damit durch die verkürzten Fluchtwege besonders im Obergeschoss verbessert. Im Kellergeschoss entsteht ein Flur, der ebenfalls als Rettungsweg dient. Der gesamte Bereich wird komplett abgesenkt und mit Fenstern für eine natürliche Beleuchtung und die Bereitstellung des zweiten Rettungsweges ausgestattet. Es sollen Räume für Informationstechnik, Musik und ein Beratungsraum untergebracht werden. Zu den Plänen im Obergeschoss führt Herr Petzold aus, dass über dem Lehrerzimmer ein zweites Geschoss mit BLO - Raum mit 60 m², einem Nebenraum mit 25m², ein Elternsprechzimmer und ein Raum für mobile Dienste entstehen soll. Zusätzlich sind im Neubau ein Rhythmikraum mit Nebenraum, ein Ruheraum und zwei Aufenthaltsräume vorgesehen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Vogl möchte Informationen über die zweiten Fluchtwege im Erd- und Obergeschoss.

Herr Petzold beschreibt den Weg im Erd- und Obergeschoss durch das abgeschlossene Treppenhaus.

Kreisrat Vogl merkt an, dass es auch einen zweiten Fluchtweg geben muss.

Herr Petzold verweist auf das rauchdichte Treppenhaus und die Möglichkeit angelagerter Fenster als zweitem Rettungsweg.

Der Vorsitzende möchte wissen, mit welcher Art von Dach geplant wird.

Herr Petzold erklärt, dass bei dem Konzept mit einem Flachdach geplant wurde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass ein Flachdach auf keinen Fall in Frage kommt. Seiner Meinung nach ist ein Pultdach am besten geeignet, da es besser in die Umgebung integrierbar ist. Auch bezüglich der Neigung gibt es mit einem Pultdach eine schönere Verbindung zum Altbau.

Kreisrat Schlehuber findet ebenfalls, dass ein mit derselben Neigung wie das hintere Gebäude Pultdach besser passt. Er fragt, ob es mit der Ansiedelung des Werkraumes auf dem Lehrerzimmer keine Probleme mit der Lärmbelästigung gibt.

Herr Petzold sagt, dass ein geeigneter Schallschutz integriert werden muss.

Der Vorsitzende merkt an, dass der nötige Aufwand geprüft werden muss. Eventuell kommt auch eine andere Raumanordnung in Frage.

Kreisrat Schlehuber schlägt vor, den Raum in der Nähe der Küche im Neubau unterzubringen, schließlich muss auch eine Absauganlage installiert werden, die ebenfalls sehr lärmintensiv ist.

Kreisrat Utz stellt fest, dass gleichzeitig für zwei Baubereiche geplant wird. Er fragt, ob man den Erweiterungsbau nicht so groß planen kann, dass auf den linken Ausbau verzichtet werden kann. Das bedeutet eine Umorientierung der Räumlichkeiten, ist unter Umständen aber einfacher und auch kostengünstiger.

Der Vorsitzende erklärt, dass nicht zu beurteilen ist, inwieweit der neugeschaffene Raum im Bereich des Lehrerzimmers an dieser Stelle sinnvoll ist. Eventuell ist dieser Raum anderweitig nutzbar, eine zusätzliche Baumasse könnte am Neubau eventuell sogar kostengünstiger als ein Umbau hinzugefügt werden.

Kreisrat Wiesmaier hält einen Umgriffplan hinsichtlich des Vorschlags von Kreisrat Utz für sinnvoll um die Möglichkeiten einer Erweiterung auszuschöpfen. Im hinteren Bereich des Geländes ist ein Spielplatz, der ohnehin dem Neubau weichen müsste.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schlehuber schlägt vor, den Werkstatttraum nur wegen kürzerer Wege nicht im Obergeschoss sondern im Kellergeschoss anzusiedeln. Dafür sollten auch etwas weitere Wege in Kauf genommen werden.

Der Vorsitzende fragt Frau Bolay ob es grundsätzlich ein Problem gibt, wenn der BLO - Raum im Untergeschoss angesiedelt wäre.

Frau Bolay verneint, in einem hellen Untergeschoss wäre der BLO - Unterricht möglich. Bezüglich eines BLO -Raumes im Obergeschoss ist anzumerken, dass sich während der Unterrichtszeit ohnehin kaum jemand im Lehrerzimmer befindet. Bezüglich der Aussage von Frau Brand wegen der Wegstrecken ist zu sagen, dass die Schüler zur selben Zeit in verschiedenen Bereichen arbeiten und die Räume deshalb nah beieinander liegen sollen. Wenn man sich für den Alternativvorschlag der Verwaltung entscheidet, muss bedacht werden, dass sämtliche Dinge, die für den Ganztagsbetrieb notwendig sind, wie die Küche im Erdgeschoss oder die Aufenthaltsräume im Obergeschoss, völlig neu zugeteilt werden müssen.

Der Vorsitzende fragt nach dem Alternativvorschlag, den die Verwaltung mit Herrn Petzold erstellt hat.

Herr Petzold zeigt, dass die Aufteilung im Unter- und Erdgeschoss gleich bleibt, Im Obergeschoss entfällt die Aufstockung über dem erweiterten Lehrerzimmer. Im Erweiterungsbau sind ein Rhythmik-, ein Ruhe- und der BLO –Raum untergebracht. Ein Nebenraum ist zunächst nicht geplant.

Herr Huber ergänzt, dass das gewünschte Elternsprechzimmer im Anbau im Keller untergebracht wäre. Der Raum für Mobile Dienste wäre im bestehenden Bau in einem derzeit leeren Raum untergebracht. Der Nebenraum zum BLO- Raum kann auch anderweitig untergebracht werden. Der Einwand von Frau Bolay, dass Räume von der Ganztagesbetreuung genommen werden ist unbegründet, obwohl die Quadratmeterzahl etwas verringert wird. Im Erdgeschoss ist Platz für einen Aufenthaltsraum. Mit diesem Entwurf wird eine Viertel Million Euro eingespart.

Kreisrat Schlehuber stellt fest, dass dieser Entwurf wieder den BLO – Raum im 1. Stock vorsieht. Er weist darauf hin, dass auch Materialien transportiert werden müssen.

Herr Huber sagt, dass auch die IT- Räume im 1. Stock untergebracht werden können. Dann könnte der BLO – Raum im Untergeschoss angesiedelt werden. Der jetzige BLO- Raum könnte dann als Lagerraum genutzt werden und wäre nicht weit entfernt.

Der Vorsitzende merkt an, dass sich bei nahezu allen Schulen die Werkräume im Keller befinden.

Frau Bolay möchte wissen, wo Herr Huber in seiner Planung den Raum für Mobile Dienste ansiedelt.

Herr Huber erläutert, dass der jetzige Aufenthaltsraum des Hausmeisters am Eingang links als Raum für Mobile Dienste vorgesehen ist. Natürlich



müssten bauliche Veränderungen in Form von Verkleidungen für die Schaltkästen und eines Sichtschutzes vorgenommen werden. Dem Hausmeister soll dafür ein Raum im Keller zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorsitzende ob in der Konzeption auch das Hausmeisterhaus berücksichtigt worden ist.

Herr Huber sagt, dass das Haus derzeit als Aufenthaltsbereich für die Grundschüler in der verlängerten Mittagsbetreuung genutzt wird.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende fragt Frau Bolay, ob das Haus bei Einführung der gebundenen Ganztageschule wieder zur Verfügung steht.

Frau Bolay bejaht. Bezüglich der Inklusion fügt sie hinzu, dass langfristig geplant ist, ein Kompetenzzentrum im Hausmeisterhaus anzusiedeln. Die Idee, die Schaltzentrale des Hausmeisters anderweitig zu verplanen, sieht sie kritisch.

Herr Huber erklärt, dass der Hausmeister ja nicht täglich an der Schaltzentrale arbeiten muss. Durch die abnehmbaren Verkleidungen hat der Hausmeister bei Bedarf schnell Zugang. Da es sich nicht um ein Klassenzimmer handelt, wird der Raum auch nicht den ganzen Tag genutzt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Einsparungen in Höhe von 250.000 € einer Abwägung bedürfen. Heute muss nicht jedes Detail geplant werden. Hauptsache ist, dass die Baumaßnahmen unter der Voraussetzung einer Förderung beschlossen werden.

Herr Huber ergänzt, dass bis 25.11.2011 ein Antrag bei der Regierung eingegangen sein muss, falls die Maßnahmen im nächsten Jahr gefördert werden sollen. Sonst gibt es für 2012 keine Zustimmung zum vorzeitigen Baubeginn.

Kreisrat Wiesmaier hält eine Erweiterung für unabdingbar. Es muss nach wie vor eine Individualisierung in der Beschulung der Kinder nach ihren Interessen, Möglichkeiten und Prägungen stattfinden. Er möchte wissen, ob es auch Planungen gibt, die Alles in einem Neubau vereinen. Mit nachträglichen An- und Umbauten gab es in der Vergangenheit immer Probleme. Wenn nicht, sollte dazu eine Untersuchung stattfinden.

Herr Huber sagt, dass es bisher keine derartigen Planungen gab.

Der Vorsitzende empfiehlt, diese Alternative zu überdenken. Er kritisiert, dass im Altbau überall Schrägen und Ecken eingearbeitet sind. Der quaderförmige Neubau wirkt im Vergleich dazu wie ein Fremdkörper.

Herr Setzwein gibt zu Bedenken, dass ein Lehrerzimmer allein im Neubau den innerbetrieblichen Ablauf stören würde. Das Lehrerzimmer soll in der Nähe von Sekretariat und Direktorat bleiben. Wenn, dann sollten mehrere Verwaltungsräume in den Neubau integriert werden. Das bedeutet einen deutlich größeren Neubau. Bei der Planung muss auf die ausreichend große Feuerwehrezufahrt hinter dem Gebäude geachtet werden. Die



Zahl der Parkplätze soll nicht reduziert werden. Deswegen kann der Neubau auch nicht beliebig vergrößert werden.

Kreisrat Wiesmaier argumentiert, dass die Büroräume, das Lehrerzimmer und die Verwaltung ohnehin renoviert werden müssen. Ein Umbau ist nicht immer die einfachste und günstigste Lösung. Er bittet, die Variante „Neubau“ im Grundsatz zu prüfen. Er betont, dass ein Jahr Zeit war, zu prüfen mit welchen Fördermitteln und in welchem Raumbedarf zu rechnen ist. In diesem Fall wäre es einfacher, die 1,7 Mio € bzw. eine Viertel Million weniger mit dem neuen Vorschlag zu relativieren. Er fragt, mit welchem Betrag tatsächlich zu rechnen ist.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende schätzt, dass bei Berechnung der förderfähigen Kosten der Zuschussanteil bei etwa 30 % liegt. Die Gesamtbaukosten betragen 1,7 Mio. €, der Zuschuss somit ungefähr 500.000 €. Der ursprüngliche Beschluss lautete 1,3 Mio. €

Herr Huber erklärt, dass am 10.05.2010 im Ausschuss für Bildung und Kultur ein Grundlagenbeschluss gefasst wurde. Am 21. 06. 2010 wurde im Kreisausschuss vorgestellt, dass die Baukosten mit 1,272 Mio. € kalkuliert wurden.

Der Vorsitzende fragt, ob in den Baukosten die Ausstattung enthalten ist.

Herr Petzold bejaht.

Kreisrat Heilmaier fragt, inwieweit die Grenzabstände bei der Verlängerung des Neubaus eingehalten werden können.

Herr Petzold erklärt, dass von der Grundstücksgrenze immer mindestens drei Meter Abstand gehalten werden müssen, dazu muss noch die Feuerwehrezufahrt einkalkuliert werden. Eine Verlängerung ist aber machbar.

Der Vorsitzende fragt nach der Tendenz für die Variante 1, 2 oder die zu prüfende Variante Neubau.

Kreisrat Schlehuber fragt, ob es überhaupt möglich ist, dass das Gremium über 1,7 Mio € entscheidet, wenn der Kreisausschuss nur über 1,3 Mio. € abgestimmt hat.

Der Vorsitzende merkt an, dass das im Rahmen der Haushaltsberatungen zu klären ist.

Kreisrat Wiesmaier weist darauf hin, dass es sich lediglich um einen Grundsatzbeschluss handelt, um die Antragsfristen wahren zu können und das Projekt nächstes Jahr vorantreiben zu können. Bei Variante 3 ist nicht klar, ob sie überhaupt umsetzbar ist.

Kreisrat Utz bittet, die Variante 3 stark zu prüfen. Umbaumaßnahmen sind erfahrungsgemäß nicht vor auszusehen und oft wesentlich teurer als ein erweiterter Neubau. Bezüglich der Wärmenutzung merkt er an, dass ein großes Gebäude weniger Außenwände hat und dadurch geringere



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Folgekosten entstehen als durch Anbauten. Die Entscheidung kann auch nach Prüfung von Variante 3 erfolgen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass bei einem Kostenpunkt von 1,5 Mio. € die Variante 1 nicht in Frage kommt. Im Gremium herrscht Einigkeit darüber, den BLO - Raum nicht im Obergeschoss anzusiedeln. Damit fällt die Variante 1 in jedem Fall weg. Als zweite Variante gibt es die Überlegung, das Lehrerzimmer zu erweitern und einen Neubau zu schaffen. Die dritte Variante ist ein kompletter Neubau ohne Erweiterung des Lehrerzimmers.

Kreisrat Ways spricht sich für Variante 3 aus. Als Alternativentwurf sieht er eine Erweiterung.

Kreisrat Schlehuber merkt an, dass der ursprüngliche Vorschlag bei 1,2 Mio € bewegt. Ein größerer Bau ist mit nur 200.000 € mehr nicht machbar. Er schlägt vor, den Kostenrahmen von Variante 1 zu wählen, um möglicherweise einen größeren Neubau finanzieren zu können.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass entschieden werden muss, ob auf den Bestand aufgebaut wird oder nicht. Entscheidet man sich für Variante 2, kann man einen Neubau zu denselben Kosten prüfen. Die Basis für den Vergleich liegt entweder bei 1,5 oder 1,7 Mio. €.

Kreisrat Heilmaier ist der Meinung, dass im Idealfall alles in einen Neubau integriert werden soll. Man kann auch Faktoren, wie den Brandschutz für den Altbestand noch nicht abschätzen. Bei einem geringen Kostenunterschied wäre er für einen Neubau.

Kreisrat Becker betont, dass man nicht nur die Kosten, sondern auch die Funktionalität beachten muss. Wenn die Verwaltung in einem Neubau untergebracht werden soll, dann müssen weite Wege zurückgelegt werden. Die Alternative Neubau soll aber untersucht werden.

Kreisrat Kellermann tendiert zu Variante 3, die Meinung der Schulleitung soll aber mit einbezogen werden.

Der Vorsitzende dankt Herrn Petzold für seine Ausführungen und bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

BauEn/0109-14

Der Erweiterung der Katharina-Fischer-Schule wird grundsätzlich zugestimmt. Die Höhe der Baukosten soll maximal 1,5 Mio. Euro betragen. Variante 2 des Architektenbüros Sehlhoff wird vorgeschlagen. Als weitere Variante wird ein Neubau mit erweiterter Raumkapazität und Eingliederung des Verwaltungstraktes geprüft.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**

2. Energiekonzept für die Liegenschaften des Landkreises Erding / Gebäudeberichte Vorlage: 2011/0919



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und bittet Herrn Moises und seinen Mitarbeiter Herrn Seefelder von der „Team für Technik GmbH“ aus Erding um ihre Ausführungen.

Herr Moises stellt sich kurz vor und erklärt, was das Energiekonzept für die Liegenschaften des Landkreises Erding ergeben hat. Für jedes der untersuchten Gebäude liegt ein ausführlicher Bericht vor. Dazu gibt es einen zusammenfassenden Bericht in einer Kurz- und Langform. Die Untersuchung wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Technik und Infrastruktur mit ca. 40 % des Honoraraufwands bezuschusst. Zielsetzung war die Untersuchung von Möglichkeiten zur Energieeinsparung, Einsparungen im Bereich CO₂, Kosteneinsparung und Verbesserung der Organisation im Bereich Energie in der Verwaltung des Landkreises. Insgesamt wurden 24 Gebäude im Besitz des Landkreises Erding untersucht.

Herr Seefelder ergänzt, dass es sich bei den Gebäuden um die Berufsschule mit Gastrozentrum, Sonderpädagogisches Förderzentrum Dorfen, die Katharina – Fischer – Schule, das Gymnasium Dorfen, das Anne – Frank – Gymnasium, das Korbinian – Aigner – Gymnasium, Herzog – Tassilo – Realschule, Realschule Taufkirchen/Vils mit altem Rathaus, die Roßmayrgasse 13, das ehemalige Landratsamt, das Landratsamt Erding, die Gebäude im Dr. – Ulrich – Weg 2, 3, 4, das Eingangsgebäude im Freilichtmuseum, das Frauenhaus Dorfen, sowie mehrere Hausmeisterwohnungen handelt. Er verweist auf den Inhalt der Gebäudeberichte, die gegliedert sind in Einführung, Aufgabenstellung, Vorgehensweise, Ist-Zustand, Berechnung der Maßnahmen und Vorschläge zur Energie- und CO₂-Einsparung mit Verweis auf die Wirtschaftlichkeit. Begonnen wurde mit einer Bestandsaufnahme, also die Beschaffung von Unterlagen, wie Bestandsplänen, Verträgen mit Energieversorgern etc.. Danach erfolgte die Analyse des Ist - Zustandes, also der Energieverbrauch im Verhältnis zur Grundfläche der Gebäude. Diese Werte wurden einer Vergleichsdatenbank mit Gebäudewerten aus ganz Deutschland abgeglichen. Bei der Analyse wurde zusätzlich die gesamte Bauphysik bewertet und daraufhin Maßnahmen empfohlen. Die Einsparmöglichkeiten wurden hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit und ihrer Möglichkeiten zur Realisierung bewertet, also Maßnahmen die großen Nutzen haben und wenig kosten, stehen oben auf der Liste. Anschließend wurden die Vorschläge zusammengefasst.

Herr Moises stellt einige Übersichten aus dem Kurzbericht vor. Es ist klar, dass die Gebäude einen unterschiedlichen Bedarf haben, der absolute Wert kann jedoch auf verschiedene Größen bezogen werden, um einen ähnlichen Schlüssel zu erhalten. In der Analyse des Stromverbrauchs zeigt sich z.B., dass das moderne Korbinian -Aigner-Gymnasium im Vergleich zum Anne-Frank-Gymnasium einen deutlich höheren Stromverbrauch hat. Dass liegt unter Anderem an den Klima- und Lüftungsanlagen. Mit Hilfe eines Zählkonzepts wurde errechnet, wie hoch z.B. der Strombedarf für eine einzelne Lüftungsanlage war, um einen Überblick



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

über hohe Kostenfaktoren zu bekommen. Auch der Wasser- und Fernwärmebedarf wurde mit ähnlichen Gebäuden verglichen. Letztlich wurden auf Grund der Bedarfswerte die spezifischen Emissionsfaktoren abgefragt und daraus den einzelnen Gebäuden ein CO₂-Wert zugeteilt. Teil der Ergebnisse waren die Energiekosten. Im Hauptbericht sind die Werte aus den Jahren 2008 - 2010 zu ersehen. Eine rote Markierung bedeutet einen Verbrauch über dem Sollwert, grün markiert sind Bereiche im Sollwert. Bei den Gebäuden im Landkreis Erding sind nur wenige Werte im Sollbereich. Nach Durchführung der Einsparmaßnahmen könnten die Werte deutlich verbessert werden. Ebenfalls mit eingerechnet wurden die steigenden Energiepreise mit Steigerungsraten zwischen 2 und 6 %. Die Maßnahmen an Gebäuden betreffen unter anderem die Beleuchtungssituation. Als Einsparmöglichkeiten werden z. B. der Austausch von Glühlampen oder Kompaktleuchten durch LEDs und Präsenzsteuerung vorgeschlagen. Insgesamt wurden 11 verschiedene Beleuchtungskonzepte mit eingerechnet. Weitere Einsparmöglichkeiten bieten z.B. die Pumpen. Heutzutage sind die meisten Gebäude mit klassischen Durchlaufpumpen ohne Steuerung ausgestattet. Die Leistung ist zwar nicht sehr hoch, die Nutzungsdauer beträgt aber bis zu 6000 Stunden pro Jahr und es entstehen entsprechend hohe Kosten. Mittlerweile gibt es aber Pumpen, die nur noch 20 bis 30 % der früher benötigten Energie verbrauchen. Energie kann auch durch den Einsatz von Frequenzumrichtern, die Optimierung von Standby-Betrieben und bei der dezentralen Trinkwasseraufbereitung eingespart werden. Zusätzlich trägt die Optimierung der Verbrauchserfassung und des Nutzerverhaltens zu Sparmöglichkeiten im Bereich Strom bei. Bei der Wärmeeinsparung gibt es ähnliche Ansätze, dazu kommt die Optimierung der Gebäudehülle. Es wurden jeweils die am meist geeigneten aus 19 bis 25 verschiedenen Dämmmaßnahmen ausgewählt. Dazu kommt eine Verbesserung der Heizung, der Lüftung und des Nutzerverhaltens.

Beim Wasserverbrauch wurde mit einer Optimierung der Sanitäranlagen, der Verbrauchserfassung und der Optimierung Nutzerverhaltens kalkuliert.

Herr Seefelder fügt hinzu, dass die Maßnahmen in verschiedene Bereiche gegliedert werden. Zum einen gibt es die ENEC - Maßnahmen, die nach der Energieeinsparverordnung zwingend erfüllt werden müssen. Dazu zählen unter anderem die Substitution von Handregulierturbinen oder die Dämmung der obersten Geschossdecke. Zusätzlich gibt es bautechnische Maßnahmen, wie beispielsweise der Austausch von Fenstern, Wärmedämmung an Außenwänden etc. Diese Maßnahmen sind jedoch deutlich kostenintensiver. Die technischen Maßnahmen sind etwas günstiger. Dabei handelt es sich unter anderem um den Austausch von Pumpen, Arbeiten an Lüftungsanlagen oder im Sanitärbereich.

Herr Moises erläutert, dass die Maßnahmen als Ranking in den einzelnen Gebäudeberichten dargestellt wurden. Die Amortisationszeit wurde dabei jeweils der eingesparten Energie gegen gerechnet, dafür wurden Punkte vergeben und so ein Rankingssystem erstellt.

Generell sollte mit energetischen Untersuchungen an die Öffentlichkeit gegangen werden. Angesetzt werden sollte bei den Schulen. Der nachhaltige Umgang mit Energie ist auch als Lernziel festgeschrieben. Kampagnen, wie z.B. Energiesparwettbewerbe oder der richtige Umgang mit dem Gebäude zählen zu den niedriginvestiven Maßnahmen.



Herr Seefelder zeigt im Gesamtergebnis die Einsparungen nach Durchführung der Maßnahmen. Wie man anhand eines Diagramms ersehen kann, kann der Stromverbrauch halbiert werden. Beim Wasserverbrauch kann durch Umsetzung der Maßnahmen sogar als die Hälfte eingespart werden. Im Bereich CO₂ können 30 bis 40 % eingespart werden, ebenso bei den Kosten. Allerdings steigen die Kosten kontinuierlich.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen. Er ist froh, dass die Situation so dargestellt wurde und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen wurden. Zudem ist es sinnvoll, dass ein positives Nutzerverhalten an die jungen Menschen vermittelt werden soll. Das hat auch Auswirkungen auf die Gesellschaft. Aus den Maßnahmen in der TOP 200 – Liste sind ohnehin einige geplant. Jetzt können sie entsprechend ihrer Priorität bewertet und zielgerichtet umgesetzt werden. Der Vorschlag ist, die Kosten für die Maßnahmen 1 -17 aus der TOP 200 – Liste sowie die 10 notwendigen ENEV – Maßnahmen im Haushalt 2012 einzuplanen und dafür im Bauunterhalt 100.000 € extra zur Verfügung zu stellen.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Becker bedankt sich für die umfangreichen Ausführungen. Er möchte gerne mehr Informationen über die Gesamtkosten.

Herr Moises merkt an, dass sich die Kosten bei Durchführung aller Maßnahmen auf ca. 2 Mio. € belaufen.

Kreisrat Becker fragt, ob seine Schätzung einer Eroierzeit von 4,5 Jahren zutreffend ist.

Herr Moises meint, dass der Zeitraum etwas länger ist. Es hängt immer davon ab, wo man ansetzt.

Der Vorsitzende merkt an, dass der Bauunterhalt in jedem Jahr neu beraten wird. Entsprechend der Beurteilung auf Liste können zukünftig Schwerpunkte gesetzt und Maßnahmen realisiert werden.

Kreisrat Jobst fragt, innerhalb welchen Zeitraums alle Maßnahmen für Kosten von 2 Mio. € durchgeführt werden müssten.

Herr Moises erklärt, dass es sich dabei um einen Zeitraum von acht bis zehn Jahren handelt. Bei Planungen mit 100.000 € pro Jahr dauert es entsprechend länger. Es kann nicht vorhergesagt werden, wie die spezifischen Energiekosten in Zukunft steigen. Gegebenenfalls muss mehr investiert werden. Deshalb ist ein straffer Zeitplan nötig.

Der Vorsitzende betont, dass die 100.000 € zusätzlich zum normalen Bauunterhalt zur Verfügung stehen. Der Bauunterhalt liegt in diesem Jahr bei ca. 3,5 Mio €, die notwendigen Maßnahmen werden in den nächsten Jahren automatisch eingeplant.

Kreisrat Ways stellt fest, dass insgesamt von Investitionskosten in Höhe von 2 Mio € ausgegangen wird. Die Kosten für die Sanierung des Daches der Berufsschule (Gebäudeteil C) betragen aber allein schon 0,5 Mio. € und weitere Maßnahmen an der Berufsschule sind zusätzlich mit 210.000 € veranschlagt (Dach Gebäudeteil A). Er fragt, ob dafür bereits Mittel im Bauunterhalt enthalten sind, 100.000 € erscheinen ihm für den Anfang eher zu wenig.



Herr Moises merkt an, dass der Einsatz von 100.000 € den Hintergrund hat, dass sich viele Maßnahmen im Hundert Euro- Bereich bewegen trotzdem einen schnellen Effekt bringen.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass eine Investition von 500.000 € nicht unbedingt den größten Einsparungseffekt bringt. Kleine Maßnahmen im Bereich von einigen Hundert oder Tausend Euro bringen oft mehr. Deswegen ist die Priorisierung und Bewertung der Maßnahmen sehr wichtig.

Kreisrat Utz stellt fest, dass viele Projekte eine Amortisationszeit von weniger als drei Jahren haben. Dies ergibt eine Kapitalverzinsung von 33 %. Man sollte, wenn nötig durch Aufnahme von Krediten alle Punkte mit einer Amortisationszeit von weniger als 3 Jahren möglichst bald durchführen.

Herr Moises erklärt, dass die Amortisationszeit zu 50 % bewertet wurde. Die Daten können auch immer wieder aktualisiert werden.

Der Vorsitzende merkt an, dass manche Gebäude aufgrund anderweitiger Nutzung vielleicht manchmal nicht sofort zugänglich sind. Der Amortisationsfaktor allein hilft dann nicht weiter.

Kreisrat Jobst ist der Meinung, dass auch aus Anträgen der letzten Jahre ersichtlich ist, dass die Kommunikation derartiger Maßnahmen in der Bevölkerung eine wichtige Rolle spielt. Bei der Priorisierung sollte beachtet werden, dass zunächst die Maßnahmen durchgeführt werden, die in der Öffentlichkeit positiv zu kommunizieren sind.

Der Vorsitzende betont, dass bei den Maßnahmen gebäudespezifisch auf das Nutzerverhalten des Einzelnen hingewirkt werden soll. Diese sollen nicht mit anderen Maßnahmen zur Energieeinsparung verwechselt werden, wie z.B. die Vorstellung des Energieatlases. Diese laufen unabhängig.

Kreisrat Wiesmaier spricht sich aus für die Bereitstellung der 100.000 € zusätzliche Mittel und die Zuordnung zu den einzelnen Gebäuden im Rahmen des Bauunterhaltes.

Herr Huber erklärt, dass einige Maßnahmen bereits ohnehin geplant waren. Teile des Dachs der Berufsschule sind sanierungsbedürftig (Gebäude teil B und E) und somit wird es auch gleich energetisch saniert.

Der Vorsitzende spricht sich dafür aus, dass alle Maßnahmen der ENEV sofort durchgeführt werden sollen, zusätzlich alle effizienten Maßnahmen und die Kampagnen zum Nutzerverhalten.
Er verliest folgenden Beschlussvorschlag:

BauEn/0110-14

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen 1-17 auf der TOP 200 – Liste und die Maßnahmen nach der Energie-Einsparverordnung (ENEV) umzusetzen. Dafür werden zusätzlich 100.000 € im Bauhaushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**



3. Schulen des Landkreises – Kreismusikschule Zusätzliche Parkplatzbeleuchtung Vorlage: 2011/0925

LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende verweist auf die versandete Vorlage und bittet Herrn Huber um Ausführung.

Büro des Landrats
BL

Herr Huber erklärt, dass im Bauunterhalt 2011 12.000 € für die Verbesserung der Beleuchtung auf einem der Parkplätze der Kreismusikschule bereitgestellt sind. Der Leiter der Kreismusikschule, Herr Loechle, hat um 75 beleuchtete Parkplätze gebeten. Die Verwaltung hat einen Bedarf von 29 zusätzlich beleuchteten Parkplätzen festgestellt. Variante 1 des Ingenieurbüros Wieder sieht eine Beleuchtung von 10 – 15 Lux für 32.000 €, deutlich über dem Kostenrahmen vor. Mit Zuschuss der Kreismusikschule kann eine Beleuchtung nach DIN-Norm mit Stärke von 1 Lux, was in etwa Mondschein entspricht, zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten dafür betragen 16.000 €, die Kreismusikschule beteiligt sich mit 5000 €. Es gibt auch die kostenfreie Variante, die Parkplätze der FOS/BOS zu nutzen, von denen die Kreismusikschule in zwei bis drei Gehminuten erreichbar ist. Herr Loechle argumentiert, dass es nur schwer zumutbar ist, dass die Schüler ihre Instrumente vom FOS/BOS – Parkplatz zur Kreismusikschule tragen müssen. Zusätzlich gibt es als weitere Möglichkeit ohne finanzielle Auswirkungen den Zuschnitt des Baumbewuchses an den Parkplätzen.

Kreisrat Becker fragt, worin der Sinn liegt, eine Beteiligung von 5.000 € von der Kreismusikschule zu nehmen und in Form einer Zuwendung wieder zurück zu geben.

Der Vorsitzende erklärt, dass das vertraglich so abgesichert ist. Maßnahmen über 5000 € werden vom Landkreis übernommen, die Anrechnung dieses Betrages durch die Kreismusikschule muss aber erfolgen. Eine Änderung dieses Vertrages ist schwierig, da er von der Gesellschafterversammlung geschlossen wurde.

Kreisrat Jobst möchte wissen, welche Lampen verwendet werden und wie hoch die Folgekosten bei Einsatz von LED - Lampen sind.

Herr Huber sagt, dass die Folgekosten 140 € betragen. Er ist aber nicht sicher, ob dabei LEDs verwendet werden.

Kreisrat Schlehuber spricht sich für den Zuschnitt der Bäume aus, dann soll weiter entschieden werden.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen. Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

BauEn/0111-14

Die Parkplatzleuchten auf dem Berufsschulparkplatz werden ausgeschnitten.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

4. Bekanntgaben und Anfragen

4.1 Terminüberschneidungen

Kreisrat Ways kritisiert die terminlichen Überschneidungen bei den Sitzungen. Er möchte, dass die Termine in Zukunft besser aufeinander abgestimmt werden. Heute hätte er zusätzlich zu der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie an der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses teilnehmen sollen.

Frau Mayer sagt, dass die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses auf 14.00 Uhr angesetzt war, der Termin für die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie war um 15.00 Uhr. Herr Ways ist der Einzige, der davon betroffen ist. Notfalls gibt es eine Stellvertreterregelung.

Der Vorsitzende betont, dass bei der Planung der Sitzungstermine eine Orientierung an den Kreisräten vorgenommen werden soll. Die ordentlichen Mitglieder der Ausschüsse sollen auch an den Sitzungen teilnehmen können.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie um 18:30 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Claudia Kirmeyer
Verwaltungsangestellte